

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 370. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe
Mittwoch, 9. August 1911.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 156; Telefaxnummer 1372.
Verleger: Dr. Walter Oehmichen in Halle a. S.

Ueber den Wildmord in Deutsch-Ostafrika

geht uns ein bemerkenswerter Bericht zu, der, wenn er, wie wir glauben, sich als richtig erweisen sollte, freilich ein recht merkwürdiges Licht auf die Maßnahmen des gegenwärtigen Gouverneurs dieser deutschen Kolonie werfen würde. Jedenfalls hat das Reichskolonialamt die unabwiesbare dringliche Pflicht, die Angelegenheit zu klären und für Abhilfe Sorge zu tragen, damit noch gerettet und gut gemacht werden kann, was möglich ist. Der Bericht lautet: Aus Deutsch-Ostafrika kommen immer erneute Klagen über die Hinmordung unserer herrlichen Wildlebende, und zwar richten diese Klagen sich nicht etwa lediglich gegen die Wildschäzerei und Jagdgerei der Eingeborenen, sondern gegen den Gouverneur von Neudenberg, dessen Maßnahmen auf diesem Gebiete, milde ausgedrückt, ganz unverständlich sind. Auch die Deutsche Kolonialgesellschaft hat sich über diesen jüngsten Stuttgarter Zeitung mit der Frage beschäftigt. Anlaß dazu hatte ihr ein Antrag der Abteilung Jagdgebung gegeben, der auf die Vorgänge zurückzuführen ist, die sich vor Jahresfrist in Ostafrika abspielten. Der Gouverneur von Neudenberg hatte damals auf ein bloßes Negergewicht hin unter dem 14. August im Antikolonialen Anzeiger für Deutsch-Ostafrika die Verordnung erlassen, daß wegen der (angeblich) im Gebirgslande in Britisch-Ostafrika ausgebrochenen Minderpest in einem vorläufig zur englischen Grenze von Dagan zum Victoria-See laufenden 50 Kilometer breiten Streifen die Jagd auf Wild ausgenommen Elefanten, Nashörner, Zebra, Colobusaffe, Schimpanse, Strauß, Schlangeneier und kleine Gekrönte, für Eingeborene und Europäer freigegeben sei. Nach einem in diesem Falle gewöhnlich erlassenen Verbot der offiziellen „Ostafrikanischen Rundschau“ wurden zur Grenzübertritt und zur Schaffung eines möglichst wildfreien Streifens von 50 Kilometer Breite die Kompanien von Moshi und Mtscha, die Polizeieinheiten von Mtscha und Tanga sowie mehrere Hundert farbiger Hilfskrieger zur Grenze abkommandiert. Dabei sollte, wohlwollend, der angebliche Ausbruch der Minderpest 80 Kilometer jenseits der Grenze stattgefunden haben. Die ganze Nachricht erwies sich aber sehr bald als falsch. Gleichwohl hat der Gouverneur auf diese falsche Gerücht hin einen vollen Monat lang die Ausrottung des Wildes und die Gefeßführung eines „möglichst wildfreien Streifens“ gerade in dem Gebiete durchzuführen lassen, das als das wildreichste unserer Kolonie galt und in dem gerade diejenigen Arten von Großwild noch einigermassen guten Bestand aufwiesen, für deren Schutz er sich während seines Heimaturlaubes in einer von entscheidender Seite herbeigeführten Konferenz ausdrücklich eingeklagt hatte. Die Summe des vor Jahresfrist niedergemetzelten Wildes wird nach zuverlässigen Angaben auf 16 000 Stück, schreibt jedweltausend Stück, geschätzt, unter diesen insbesondere Büffel, große Antelope, Hapfen- und Pferdantilopen. Also gerade das Wild, dessen Schonung den Hauptgegenstand der Berliner Verhandlungen gebildet hatte! Wenn schon dies ein ganz eigenartiger Lichtauf die Diplomatie des Herrn von Neudenberg wirft, so greift man sich unwillkürlich an die Stirn, wenn man folgende Notiz der „Deutsch-Ostafrikanischen Rundschau“ vom 27. Mai liest: „Im Wilderzot Mahenge haben sich die Elefanten demartig verhalten, daß ihre Zahl auf mehrere Hundert angewachsen ist und die Kulturen bedroht werden. Wie wir von gut unterrichteter Stelle hören, wird in Ermahnung gegeben, das Wilderzot aufzuklären. Falls dies eintritt, bietet sich für Jäger, die den großen Jagdtrieb besitzen, eine seltene Gelegenheit zu einer erfolgreichen Jagd!“ Sollte die Behauptung der „Deutsch-Ostafrikanischen Rundschau“ zutreffen, daß die Zahl der Elefanten auf mehrere Hundert angewachsen sei, so würde diese Vermehrung den Gedanken der Wilderzot in besserer Weise rechtfertigen. Denn bekanntlich ist die Fortpflanzung der Elefanten eine sehr langsame. Es wäre also ganz ausgeschlossen, daß durch Nachwuchs die geschätzte Vermehrung hätte zustande kommen können. Vielmehr läßt diese ihrer Grund lediglich darin, daß die Elefanten sich aus den jagdlichen Gebieten vor der ihnen drohenden Verfolgung in das Wilderzot zurückgezogen hätten und damit würde dies Verbot seinen Zweck glänzend erfüllt haben. Leider scheint diese Voraussetzung aber infolgedessen nicht zuzutreffen, als es von vornherein viel zu klein angelegt ist. Im Gegenstande zu seinen Vorgängern ist Herr von Neudenberg eben mit nachlässigerem Wilderzot der ihm unabweisbaren Pflicht zum Schutze des Großwildes nachgegeben, und es war vorauszusetzen, daß die lächerlich kleinen Weidwerke in kurzer Zeit sich als ungenügend erweisen würden. Selbstverständlich wird jeder Vernünftige den Schutz der Kulturen gegen Verwüstungen durch das Großwild fordern. Aber ebenso liegt auf der Hand, daß dies nur durchgeführt werden kann durch eine wirklich großartige Wirtschaftspolitik, die dem Wilde hinreichend große Weidwerke läßt, und erfahrungsgemäß

kommen dafür gerade Gegenden in Betracht, die zu Kulturen nicht oder mindestens sehr schlecht eignen. Es bezeichnet doch einen Höhepunkt von tropischer Porosität, daß ein ganzes Wilderzot aufgehoben und die dort zur Vermehrung von ganz Deutschland gekochten Elefanten hingemeldet werden sollen, weil ein paar Felder bedroht werden, deren Gesamtwert kaum die Höhe einiger Elefanten wert sein dürfte, da es sich doch um Eingeborenenfelder handelt. Im übrigen wird nicht abermals auseinanderzusetzen sein, daß es sich hier um andere Dinge dreht als um wirtschaftliche Werte, nämlich um die Ehrenpflicht, die unser deutsches Volk mit der Erhaltung dieser einzigartigen Naturdenkmäler in den ostafrikanischen Kolonien zu erfüllen hat. Dieser Ehrenpflicht sind alle bisherigen Gouverneure von Deutsch-Ostafrika nachgekommen. Nur Herr von Neudenberg scheint die Wilderzot nicht als Schutz des Großwildes sich zu denken, sondern als Mittel zu dessen schneller Vernichtung. Denn daran kann ja gar kein Zweifel bestehen, daß die von ihm in der „Deutsch-Ostafrikanischen Rundschau“ aufgerufenen Schiefer und Schieber nach Aufhebung des Wilderzotes bald genug seine Arbeit mit dem letzten Elefanten gemacht haben werden, wie dies ja auch nach Aufhebung der Weidwerke am Meruergebeirge geschehen ist. Erfreulicherweise ist in Deutschland diese Angelegenheit längst als eine Ehrenfrage des ganzen deutschen Volkes begriffen. Nicht etwa nur die Jagdgesellschaften, sondern auch die Kolonialgesellschaft und darüber hinaus breite Kreise, die der Jagd als solcher völlig fernstehen, erheben heute die Forderung, daß Deutschland hinter Amerika, der Schweiz, Frankreich, Großbritannien, ja selbst hinter Griechenland und Bulgarien in dieser Ehrenfrage nicht länger zurückbleiben darf. Der Gouverneur von Ostafrika aber wirtschaftet darauf los, als habe Deutschland in dieser Hinsicht keinen guten Namen zu verlieren. Gegen dieses Vorgehen muß mit Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden. Wir können uns nicht ohne Weiteres denken, daß das Reichskolonialamt den Gouverneur in diesem erneuten Falle decken sollte, und hoffen zuversichtlich, daß ihm das nötige Verständnis für die hier in Frage stehende Ehrenpflicht beigebracht werde.

Die Marokkofrage

Die „N. Pr. Corr.“ schreibt: Ueber den Stand der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen waren am Montag zwei einander widersprechende Versionen verbreitet. Im Auswärtigen Amt erklärte man, daß der ruhige Fortgang der Verhandlungen gesichert und eine Lösung nicht fern zu erwarten sei; aber man müsse sich darauf gefaßt machen, daß sich die Verhandlungen noch recht lange hinziehen würden. In sonst gut unterrichteten französischen Kreisen erklärte man dagegen, daß die Verhandlungen in der Hauptsache abgeschlossen und der Vertrag zu gut wie perfekt sei. Wenn man dem Kaiser „Matin“ trauen soll, fände zwischen dem Staatssekretär v. Auler und dem Reichsminister für Colonien eine neue Unterredung unmittelbar bevor, in deren Verlauf der französische Diplomat den mobilisierten Vorkämpfer seiner Regierung, der deutsche Staatsmann die abgeänderten Ansprüche Deutschlands vorlegen will. Man erwartet, daß die Aussprache den noch zwischen dem französischen und deutschen Angebot bestehenden Abstand ganz vermindern lasse oder vollständig verringere. Aus diesem Grunde glauben „unterrichtete“ (französische) Kreise noch nicht an die Beendigung einer amtlichen Unterredung im Laufe dieser Woche. Gleichwohl hält man es nicht für unmöglich, daß der Reichskanzler bereits Mitte der Woche dem Kaiser Bericht erstatten werde. Wie der „Matin“ Korrespondent seinen Blatte weiter meldet, herrsche in der parlamentarischen Welt große Freude über die glückliche Wendung der deutsch-französischen Unterhandlungen, und man gehe sich gegenüber Frankreich von außerordentlichem Liebeswürdigkeit und Zuversicht aus. Diese Gefühle kontrastieren lebhaft mit denen, die man gegenüber England wegen seiner unerbundenen Einmischung hege.

Nachmal: Bauernfeindlichkeit vom Bauernbunde.

Aus unserm Leserkreis erhalten wir folgende Zuschrift: Zu dem Artikel „Bauernfeindlichkeit vom Bauernbunde“ in Nr. 365 dieses Blattes möchte ich als einer, der den Bauernbunde aus nächster Nähe kennen gelernt hat, einige, vielleicht die Öffentlichkeit interessierende Bemerkungen machen. Wie richtig die Behauptung ist, daß die Vorfrage und Reichsfinanzreform nur den äußeren Vorwand zur Gründung des Bauernbundes abgaben, bestätigte mir in einer Versammlung in Rostock im Kreise Salzweil am 29. März der Bauernbundesführer Hestermann. Ich hatte damals in der Diskussion die Gründung des Bundes auf die Vorfrage zurückgeführt, wurde aber von Herrn Hestermann dahin belehrt, daß ich im Irrtum sei, daß vielmehr, was ich ja freilich nicht wissen konnte, die Gründung des Bauernbundes bereits circa zwei Jahre vor der Reichsfinanzreform (also zur Zeit, als der Bülowblock in Wüste stand) geplant gewesen sei. Inabesondere betonte Herr Hestermann, als ich (ohne zu wissen, daß Herr G. nicht davon gesprochen hatte) auf die Reichsfinanzreform zu sprechen kam, daß dieselbe mit dem ihm

geheilten Thema „Die Ursachen der Gründung des Deutschen Bauernbundes“ garniert zu sein hätte. Herr Hestermann muß es doch richtig wissen. Als ich ihm im Privatgespräch noch darauf anredete, lenkte er ab; er hatte wohl gemerkt, daß er aus der Schule gelehrt. Ein Beispiel noch dafür, wie sehr dem Bauernbunde tatsächlich nur die Aufgabe am Herzen liegt, liberale Wahlen zu machen. Ich habe öfter in Versammlungen darauf hingewiesen, daß der Bauernbunde nur schuldlosliche, n i g e n d a freibewerblische-freiwirtschaftliche Kandidaten belämpfe. Zuert wurde ich dann (auch von Herrn Dr. Widme selbst) immer damit vertrieben, daß man in Ermahnungen liege“, also freiwirtschaftliche Wahlen in Angriff zu nehmen, später wurde ich jedesmal mit Empörung darauf verwiesen, daß der Bundespräsident Herr Hestermann in Wittenberg gegen den freiwirtschaftlichen Dose kämpfe. Ich bin gespannt, was man jetzt sagen wird. Denn, wie auch die „Sächsische Zeitung“ berichtet hat, hat Herr Hestermann seine Kandidatur „im Interesse der Einigung des Liberalismus“ zugunsten von Herrn Dose zurückgegeben. Einem klareren Beweise bedarf es doch nicht für die Tatsache, daß dem Bauernbunde das Interesse des Liberalismus über dem Interesse des deutschen Bauern steht. Da Klingt doch wie der reine Gabn, wenn dieser liberale Wahlversteher sich noch immer „Deutscher Bauernbunde“ zu nennen wagt. M.

Ein immer wieder interessanter Erinnerung.

In der sozialdemokratischen Presse wird immer wieder die Anschauung vertreten, daß die deutsche Landwirtschaft in keiner Weise in der Lage sei und nach menschlicher Voraussicht auch niemals in der Lage kommen werde, den heimischen Bedarf an Nahrungsmitteln völlig oder auch nur in der Hauptmenge zu decken. Demgegenüber möchte ich wiederholt daran erinnern, daß der „Vorwärts“ in Nr. 195 vom Jahre 1909 folgendes geschrieben hat: „Zunimmt Deutschland bei der Erzeugung seiner Bevölkerung auf das Ausland angewiesen ist, das zeigt deutlich die folgende Tabelle. (Folgt eine zahlenmäßige Tabelle über Produktion, Einfuhr und Ausfuhr). Handelt es sich um die Erzeugung der Getreidemenge, so kann Deutschland im Grundsatz diese noch immer allein bezorgen. Die Behauptung, daß die Lebensmittelfuhr infolge des Wachstums der Bevölkerung immer größer werden müsse, die man schon vor mehreren Jahrzehnten aufstellte, hat sich bis jetzt noch nicht als gerechtfertigt erwiesen. In einer weit höheren Grade nämlich, als die Vermehrung vor sich geht, steigt auch die Produktivität der Landwirtschaft. (Folgt zahlenmäßige Tabelle). Die Ertragssteigerung ist also bei den einzelnen Getreidearten bis zu nahezu 100 % zu verzeichnen. Zweifellos können hier noch weit bessere Resultate erzielt werden, und die Behauptung vieler Fachmänner, daß Deutschland bei rationaler Ausnutzung und Bearbeitung seines Bodens noch viele Jahre hinaus seinen Bedarf an Lebensmitteln allein decken könnte, ist durchaus nicht übertrieben.“ Wir möchten unsere Freunde im Lande bitten, sich diese Behauptungen zu merken und den sozialdemokratischen Rednern draußen entgegenzusetzen, wenn diese mit der Behauptung haufenweise herumgehen, daß Deutschland nicht in der Lage sei, seinen Bedarf an Nahrungsmitteln selbst zu decken.

Deutsches Reich.

* Als Kabinettsrat der Kaiserin ist der Landrat Freyher von Spitzemberg in Weimergrode in Aussicht genommen.
* Folgendes Radikal für den heimgegründeten Döbereiner-Kreis: „Der Kaiser ist ein Herr, der sich nicht um die Interessen der Arbeiter kümmert.“ Der Kaisergeremonienmeister, Dienstverwalter Herr Majestät der Kaiserin und Königin Herr Bobo v. dem Anseebach, Ergellens, ist nach kurzer, schwerer Krankheit aus seiner vielseitigen Tätigkeit durch den Tod abberufen worden. Seine Majestät der Kaiserin und Königin ist durch dieses ausgezeichneten Mannes und treuen Dieners auf tiefe und werden ihm ihre Dankbarkeit über das Wohl hinaus bezeugen. Der Königl. Hof betrauert einen seiner besten Leute, feinfühligste Natur, seine reichen Gaben und umfassenden Kenntnisse, sowie seine großen Erfahrungen, welche er mit rastlosem Fleiß und nie schließendem Eifer im Dienst der Kaiserin und der jetzt regierenden Kaiserin auf allen Gebieten der höchsten Stelle weit über die vaterländischen Grenzen hinaus durch viele Jahre hindurch unüffentlich zu befehlen durfte, erwarben seinem Namen im In- und Auslande die größte Verehrung und Dankbarkeit. Die Umgebungen der beiden Majestäten betrauern diese nachher vornehme Persönlichkeit von warmem Herzen und gelobtem Charakter aufrichtig und werden dem Verewigten ein treues Andenken bewahren für alle Zeiten.
* Wechsel im Kaiserlichen Oberpräsidium. Es kann der „Tagesschau“ zufolge nunmehr als feststehend gelten, daß Oberpräsident von Anhalt v. demnitz aus seinem jetzigen Amte scheidet und an die Spitze eines anderen Oberpräsidiums berufen werden wird.
* Deutscher Sozialkongress. In der zweiten geschlossenen Versammlung der 88. Generalversammlung der Sozialisten Deutschlands wurde zum nächsten Tagungsort im Jahre 1912 Aachen gewählt.

Main table containing financial data, including columns for 'Börsen', 'Kurs', and 'Notiz'. It lists various securities and their market values.

Vertical text on the right side of the page, likely containing news or commentary related to the market data.

